

große, mit sowjetischer Hilfe in Indien errichtete Projekt, modernisiert werden (Radio Delhi in MD Asien, 19.8.86, S.7).

Am 27. November wurde eine Gemeinsame Erklärung beider Regierungen unterzeichnet. Die intensive Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern sei ein Beweis für die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen. Beide Seiten betrachteten es als die wichtigste Aufgabe der Menschheit, den Frieden zu festigen und die Gefahr einer atomaren Katastrophe zu beseitigen. Beide Seiten sprechen sich für die Einberufung einer Internationalen Friedenskonferenz über den Nahen Osten unter UNO-Führung aus. Beide appellierten an den Iran und den Irak, ihre Konflikte so bald wie möglich zu beenden. Beide forderten auch die Liquidierung aller ausländischen Militärstützpunkte im Indischen Ozean.

Die chinesische Berichterstattung über den Indienbesuch Gorbatschows führt all diese Einzelheiten an und sucht vor allem nach "versteckten Differenzen" zwischen beiden. Vor allem in drei Punkten hätten sich Konflikte angedeutet, nämlich in der Kambodscha-, der Afghanistan- und der China-Frage. In der Gemeinsamen Erklärung sei z.B. jedes Wort über Kambodscha vermieden worden; dies zeige die Widersprüche Indiens zwischen seiner Rolle als Führer der Blockfreienbewegung einerseits und seinem Wunsch nach der Aufrechterhaltung guter Beziehungen mit Moskau andererseits. Ferner sei über die - offensichtlich vorhandenen - Differenzen zur Afghanistan-Frage in öffentlichen Erklärungen nichts zum Ausdruck gekommen - ein höchst beredtes Schweigen! Schließlich scheint Indien über die Annäherungspolitik Moskaus an Beijing beunruhigt zu sein - worauf die wiederholte Male geäußerte Versicherung Gorbatschows hinweist, daß die Verbesserung der sowjetischen Beziehungen zu China diejenigen zu Indien keineswegs beeinträchtigen werde (RMRB, 3.12.86).

Höchst mißtrauisch kommentiert Xinhua (XNA, 21.11.86) die Tatsache, daß die Sowjetunion nach wie vor Indiens Waffenhauptlieferant sei und diesem Land vor allem MiG-29-Jagdflugzeuge und T-72-Panzer liefert. -we-

***(6)
China-Pakistan: Einigkeit in allen Fragen**

Am 15. September war zwischen China und Pakistan ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie unterzeichnet worden. Beide Partner erklärten, sie wollten sich als Mitglieder der Internationalen Atomenergiebehörde genau an deren Vorschriften halten.

Am selben Tag erklärte Ministerpräsident Zhao Ziyang, China wolle auch mit anderen Ländern bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie zusammenarbeiten (XNA, 15.9.86). China sei keineswegs gewillt, den Pakistanis bei der Herstellung von Nuklearbomben zu helfen; entsprechende Erklärungen gehören schon fast zum Ritual aller pakistanbezogenen chinesischen Erklärungen! Dies jedoch hinderte Indien nicht, gegen China erneut einen entsprechenden Vorwurf zu erheben (Radio Delhi in SWB, 2.4.86; SWB, 29.9.86). Am 24. September 1986 sah sich das chinesische Außenministerium erneut zu einer abweisenden Erklärung gezwungen (XNA, 24.9.86).

Indien protestierte übrigens auch gegen amerikanische Waffenlieferungen an Pakistan, die Mitte 1986 erfolgt waren. Aus Indiens Sicht gibt es eine abgestimmte Zusammenarbeit zwischen den USA und der VR China in allen Fragen der Pakistanpolitik.

Einen weiteren pakistanbezogenen Vorwurf Indiens an China gab es auch mit der Eröffnung des Khunjerab-Passes für Bürger aus Drittländern am 1. Mai 1986. Seitdem dürfen auch Fremde die Karakorum-Hochstraße befahren, die Kashgar/Chin.Xinjiang mit Islamabad verbindet (1.286 km) und die über ein Gebirgsgebiet führt, das von 15.000 chinesischen und pakistanischen Pionieren in 20jähriger Arbeit durchbrochen wurde. Da der Paß im kashmirischen Teil Pakistans liegt, auf den Indien ja bekanntlich Anspruch erhebt, hatte Indien behauptet, die Eröffnung verletze seine Souveränität. Beijing wies diesen Protest als ungerechtfertigt zurück. Bei der Eröffnung der Passes handle es sich um eine ganz normale Angelegenheit zwischen China und Pakistan - also zwei souveränen Staaten mit einer gemeinsamen Grenze. Im übrigen habe China mehrfach erklärt, daß die Eröffnung des Passes nicht den Anspruch auf die zwischen Indien

und Pakistan umstrittene Kashmir-Region präjudiziere (XNA, 15.5.86).

Im Dezember besuchte der pakistanische Außenminister die VR China. Dabei wurde erneut die chinesischn-pakistanische Freundschaft beschworen und gleichzeitig ein Rückschlag in den Beziehungen zwischen Pakistan und Indien festgestellt. Im Dezember 1985 hätten zwar der pakistanische Präsident Zia und der indische Premierminister Gandhi über zwei Aspekte Verständigung erzielt; sie vereinbarten erstens den gegenseitigen Nichtangriff auf nukleare Anlagen; zweitens nahm Gandhi die Einladung zu einem Besuch Pakistans im 1. Halbjahr 1986 an. Doch die Situation habe sich anders entwickelt als erwartet: Gandhi habe Pakistan nicht besucht und auch eine offizielle Nichtangriffserklärung sei nicht unterzeichnet worden. Ferner hätten sich die gegenseitigen Vorwürfe gehäuft, sei es nun in der Kashmir-Frage, wegen der Sikh-Unruhen oder aber wegen des pakistanischen Nuklearprogramms. Ferner habe Indien Pakistan bei zwei weiteren Anlässen provoziert: Bei der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Harare beispielsweise habe Gandhi die pakistanische Regierung wegen der Entführung eines indischen Flugzeuges auf dem Flughafen von Karatschi in ein schiefes Licht gesetzt. Ferner habe Delhi den Indus-Vertrag von 1960 verletzt, indem es einen Staudamm errichtete, der eine 30fache Menge desjenigen Wassers zu speichern in der Lage ist, das nach dem damaligen Vertrag als Oberlimit festgesetzt worden war. Die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn seien damit auf einen neuen Tiefstand gesunken (Zusammenfassung von XNA-Meldungen in SWB, 29.12.86). -we-

INNENPOLITIK

*

*

*(7)

Kurzer Überblick über die innenpolitische Entwicklung der VR China im Jahre 1986

Die Bekämpfung von sog. "falschen Tendenzen" unter den Partei- und Regierungskadern stand von Januar bis April 1986 im Zentrum der innenpolitischen Entwicklung. Unter "falschen Tendenzen" werden vor allem Korruption, Amtsmissbrauch für private Zwecke sowie Nepotismus

mus und Günstlingswirtschaft verstanden. Zur Beseitigung dieser in der Funktionärsschicht offenbar weit verbreiteten Erscheinungen wurde eine neue "Führungsgruppe zur Verbesserung des Arbeitsstils der Partei in den zentralen Organen" eingesetzt. Neben der im Dezember 1978 wieder eingerichteten Zentralen Disziplinarkontrollkommission und der im Oktober 1983 etablierten ZK-Kommission zur Leitung der Ausrichtung der Partei ist die neue Führungsgruppe nun schon das dritte KPCh-Organ auf der zentralen Ebene, das sich speziell der Verbesserung des "Arbeitsstils" der Funktionäre widmen soll. Sie steht unter Leitung des für innere Sicherheit zuständigen Politbüro-Mitglieds Qiao Shi, der der Loyalitätsgruppe von ZK-Generalsekretär Hu Yaobang zuzurechnen ist. Qiao soll möglicherweise verhindern, daß orthodoxe Marxisten-Leninisten, denen die Wirtschaftsreformen bereits viel zu weit gehen und die hierin eine entscheidende Ursache für die "falschen Tendenzen" sehen, die Bekämpfung von "falschen Tendenzen" zum Kampf gegen die Wirtschaftsreformpolitik mißbrauchen.

Überhaupt war der 62jährige Qiao Shi der politische Aufsteiger des Jahres 1986. Nachdem Qiao im Januar zum Leiter der o.g. Führungsgruppe ernannt worden war, stieg er im April 1986 zum fünften stellvertretenden Ministerpräsidenten auf und zählt seitdem zusammen mit Tian Jiyun und Li Peng zu den aussichtsreichsten Kandidaten für die Nachfolge von Ministerpräsident Zhao Ziyang. Qiao Shi, der als Sekretär der ZK-Kommission für Politik und Recht an der Spitze des Justiz- und Sicherheitsapparats der VR China steht, gehört sowohl dem ZK-Sekretariat als auch dem Politbüro an.

Während die Bekämpfung von "falschen Tendenzen" im Frühjahr 1986 vor allem von orthodoxen Kräften ausgegangen zu sein scheint, geht die Initiative zu der im Frühsommer 1986 einsetzenden umfangreichen Diskussion über die "Reform des politischen Systems" eindeutig auf die Reformkräfte zurück. Damit ist eine Diskussion wieder aufgenommen worden, die Ende 1980 auf Druck dogmatischer Kräfte eingestellt werden mußte. Deng Xiaoping hatte bereits in einer Rede am 18. August 1980 auf einer erweiterten Sitzung des Politbüros umfangreiche Vorschläge zur Reform des Führungssystems von

Partei und Staat gemacht. Diese Vorschläge, die damals von jüngeren Reformkräften euphorisch als "80er Reform" begrüßt und konkretisiert wurden, sind bis heute jedoch nur zu einem kleinen Teil verwirklicht worden.

Für die von Deng Xiaoping und den marktorientierten Reformkräften nun erneut geforderten politischen Reformen gibt es offenbar noch kein vollständiges Konzept. Selbst innerhalb der Meinungsgruppe der marktorientierten Reformkräfte scheint es unterschiedliche Ansichten zu diesem Thema zu geben. Dies ist wahrscheinlich auch ein Grund, weshalb zumindest die Geisteswissenschaftler aufgefordert worden sind, sich in dieser Frage relativ frei zu äußern - zweifelsohne ein Novum in der politischen Geschichte der Volksrepublik China, wenn man einmal von der kurzen liberalen Periode der "100-Blumen-Bewegung" im Jahre 1957 absieht.

Die bisher in der öffentlichen Diskussion geäußerten Ansichten über die Mängel des bestehenden politischen Systems und über die Ziele und die Maßnahmen der anzustrebenden politischen Reformen gehen teilweise erheblich auseinander. Die meisten der bisher vorgebrachten Meinungen scheinen sich zwei unterschiedlichen Grundsatzzpositionen zuordnen zu lassen:

1) Eine Gruppe, zu der auch Deng Xiaoping und die Mehrheit der politischen Führung zu rechnen sind, will grundsätzlich an der Führungsrolle der KPCh im politischen Leben Chinas festhalten und ist nur unter dieser Vorbedingung bereit, Veränderungen im politischen System vorzunehmen. So sollen Deng zufolge die politischen Reformen dazu dienen, die Führung durch die KPCh zu verbessern, die Aufgaben von Partei und Verwaltung strikt zu trennen und den Bürokratismus zu beseitigen. Die Intentionen dieser strikt systemimmanenten Reformgruppe scheinen also darin zu bestehen, das politische System der Einparteiherrschaft der KPCh vor allem hinsichtlich der Effizienz zu verbessern und die teilweise beträchtlichen Widerstände gegen die Wirtschaftsreformen auf dem staatseigenen Sektor zu beseitigen. In der Frage der politischen Reformen scheint sich die Position Deng Xiaopings und anderer gemäßigter Reformen nicht sehr von der Position der orthodoxen Marxisten-

Leninisten zu unterscheiden. Im Gegensatz zu Deng gehen den orthodoxen Kräften jedoch die bisherigen marktorientierten Wirtschaftsreformen bereits viel zu weit.

2) Für die andere Gruppe, der offenbar vor allem Wissenschaftler, Künstler und Journalisten angehören, liegt der Hauptmangel des bestehenden politischen Systems der VRCh in dem weitgehenden Fehlen von demokratischen Elementen. Sie fordert vor allem eine wesentlich stärkere Beteiligung des Volkes an der Politik über die Parlamente und über die Massenmedien. Die uneingeschränkte Macht der Kommunistischen Partei über das Parlament, die Regierung und die Justiz soll beseitigt werden. Parlament, Regierung und Justiz sollen zu unabhängigen Gewalten werden, wobei sich die KPCh als eine politische Partei diesen Gewalten zu unterstellen hat. Die Demokratisierung des politischen Systems - und nicht nur die Trennung der Funktionen von Partei und Regierung - ist also die Hauptforderung dieser radikalen demokratischen Reformgruppe. Ihre Vorstellungen laufen letztlich auf eine grundsätzliche Veränderung des bestehenden politischen Systems der Einparteiherrschaft der KPCh hinaus.

Da sich die politische Führung im Spätsommer 1986 nicht auf konkrete Beschlüsse in der Frage der politischen Reformen einigen konnte, setzte sie eine Führungsgruppe für politische Reformen ein, die im Verlauf eines Jahres einen Plan für das politische Reformprogramm ausarbeiten soll. Darüber hinaus verständigte man sich auf eine Kompromißformel, die im wesentlichen der o.g. Position der systemimmanenten Reformkräfte entspricht.

Die Tatsache, daß die bereits seit 1978/79 intern geführten Diskussionen über politische Reformen und über eine echte Demokratisierung bis heute zu keinen entscheidenden politischen Veränderungen geführt haben, dürfte fraglos ein wichtiger Grund für die studentische Unzufriedenheit sein, wie sie im Dezember 1986 in den Demonstrationen für mehr Demokratie und Freiheit in 13 Städten zum Ausdruck kam. Möglicherweise stehen hinter den Demonstrationen radikale Reformkräfte innerhalb der Partei, die auf diese Weise von der Straße aus Druck auf die orthodoxen Kräfte in der Parteifüh-

rung ausüben wollen. Im letzten Jahr hatten dies die Reformgegner versucht, indem sie Studenten zu antijapanischen und regierungskritischen Demonstrationen aufgestachelt hatten. Von den studentischen Kundgebungen im Dezember 1986 könnte jedoch auch eine Gefahr für den Reformkurs ausgehen, denn sie sind Öl in das Feuer der Kritik jener orthodoxen Marxisten-Leninisten, die die wirtschaftliche Liberalisierung und die große Öffnung nach Westen für die Wurzel aller gegenwärtigen Übel betrachten. -sch-

*(8)

Studentendemonstrationen für mehr Demokratie

In mehr als 10 Städten fanden im Dezember 1986 Studentendemonstrationen statt, an denen insgesamt mehr als 100.000 Menschen teilgenommen haben dürften. Den Höhepunkt bildete am 20. Dezember 1986 eine Demonstration in Shanghai, an der mehr als 60.000 Studenten, Arbeiter und Mittelschüler teilnahmen. Das Hauptthema der studentischen Forderungen lautete "Demokratie" und "Freiheit" und wies darauf hin, daß die Demonstrationen sehr wahrscheinlich im Zusammenhang mit der seit Frühsommer laufenden Diskussion über die Reform des politischen Systems stehen. Damit unterschieden sich die Demonstrationen Ende 1986 grundsätzlich von denen im Herbst 1985, die sich primär gegen die Reformkräfte richteten. Diesmal galt die Kritik der Studenten eindeutig den orthodoxen und konservativen Kräften innerhalb der politischen Führung. Offenbar nahm die Welle der Demonstrationen am 5. Dezember in Hefei ihren Ausgang. Dort demonstrierten Studenten der Chinesischen Universität für Wissenschaft und Technik gegen die Nichtberücksichtigung studentischer Kandidaten für die Volkskongreßwahlen auf Gemeinde- und Kreisebene. War die Reaktion offizieller Stellen zunächst von Mäßigung bis hin zu Verständnis für die studentischen Forderungen gekennzeichnet, so änderte sich dies im Anschluß an die großen Demonstrationen in Shanghai am 20. und 21. Dezember. Ab dem 23. Dezember veröffentlichten die Massenmedien immer schärfere Warnungen an die Adresse der Studenten. So rief die VOLKSZEITUNG am 23. Dezember zu "Stabilität und Einheit" auf und betonte in den folgenden Tagen die Beibehaltung der alleinigen Führung

durch die Kommunistische Partei (RMRB, 25.12.86) und die absolute Notwendigkeit des Festhaltens an den "Vier grundlegenden Prinzipien" (RMRB, 29.12.86). Die schärfste öffentliche Stellungnahme zu den studentischen Forderungen nach mehr Demokratie wurde am 28. Dezember von fünf prominenten Mitgliedern der orthodox marxistisch-leninistischen Meinungsgruppe in der Parteiführung abgegeben: Wang Zhen, Bo Yibao, Song Renqiong, Hu Qiaomu und Deng Liqun orteten hinter den Demonstrationen "den ideologischen Trend einer bürgerlichen Liberalisierung" und warfen nicht näher genannten Personen vor, eine "totale Verwestlichung" anzustreben, das sozialistische System abzulehnen und statt dessen das kapitalistische System einführen zu wollen (RMRB, 29.12.86). Über den Ablauf, die Hintergründe und Folgen der Studentendemonstrationen, die sich bis in den Januar 1987 fortsetzten, wird CHINA aktuell im nächsten Heft einen längeren Beitrag veröffentlichen. -sch-

*(9)

18. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. Nationalen Volkskongresses

Der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses trat vom 15. November bis 2. Dezember 1986 in Beijing zu seiner 18. Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Gründung von zwei neuen Staatsratsorganen sowie erneut das Konkursgesetz, das nach rund zweijährigen Beratungen und zahlreichen Veränderungen nun endlich verabschiedet wurde. Insgesamt faßte das ständige Legislativorgan der Volksrepublik China folgende Beschlüsse:

- Verabschiedung des Konkursgesetzes der VRCh zur versuchsweisen Durchführung (Gesetzestext in: RMRB, 3.12.86). Das Konkursgesetz, das nur für Staatsbetriebe Gültigkeit haben wird, wird jedoch erst dann probeweise in Kraft treten, wenn das - bisher noch nicht verabschiedete - Gesetz über staatseigene Betriebe drei Monate lang in Kraft gewesen ist. (Siehe u.a. RMRB, 16./19.11.86, 7.12.86; FEER, 15.1.87, S. 46)

- Verabschiedung des Gesetzes über Gesundheitskontrolle und Quarantäne an den Grenzen der VRCh (Gesetzestext in: RMRB, 4.12.86). Das Gesetz wird am 1. Mai 1987 in Kraft treten und die entsprechenden Verordnungen vom 23.12.1957 ablösen.

- Verabschiedung des Gesetzes über das Postwesen (Gesetzestext in: RMRB, 4.12.86). Das Gesetz tritt am 1. Mai 1987 in Kraft.

- Abänderung des Gesetzes über die Wahlen zum Nationalen Volkskongreß und zu den Volkskongressen auf den verschiedenen lokalen Ebenen (Abänderungsbeschluß und Wortlaut des abgeänderten Gesetzes in: RMRB, 5.12.1986). Es handelt sich um die zweite Abänderung des Wahlgesetzes, das ursprünglich am 1. Juli 1979 verabschiedet und am 10. Dezember 1982 zum ersten Mal abgeändert worden war (Näheres siehe Übersicht "Abänderung des Wahlgesetzes: Eher weniger als mehr Demokratie").

- Abänderung des Gesetzes über die Organisation der Volkskongresse und Volksregierungen auf den verschiedenen lokalen Ebenen (Abänderungsbeschluß und Wortlaut des abgeänderten Gesetzes in: RMRB, 5.12.1986). Auch hierbei handelt es sich um die zweite Abänderung des Gesetzes. Im Vergleich zum Wahlgesetz wurden am Organisationsgesetz jedoch wesentlich umfangreichere Veränderungen und vor allem Ergänzungen vorgenommen. So ist die Zahl der Paragraphen von bisher 42 auf 60 gestiegen.

- Schaffung eines "Kontrollministeriums" (jiancha bu) (RMRB, 3.12.86). Aufgabe des neuen Ministeriums ist es, die Erfüllung der Amtspflichten, die Einhaltung und Ausführung der Gesetze und der Verwaltungsvorschriften und die Durchführung der von der Regierung beschlossenen Politik durch die Verwaltungsorgane, die Staatsverwaltungskader und die von den staatlichen Verwaltungsorganen ernannten Führungskader von staatlichen Betrieben und Institutionen zu überwachen (RMRB, 28.11.86; Xinhua, 27.11.86, nach SWB, 8.12.86). Es handelt sich bei dem neuen Ministerium also um ein Verwaltungskontrollorgan. Mit der Schaffung des Kontrollministeriums soll im wesentlichen das Verwaltungskontrollsystem der 50er Jahre wieder eingeführt werden. Dies bedeutet, daß Verwaltungskontrollorgane auch auf Provinz-, Bezirks- und Kreisebene eingerichtet werden sollen. Damit entsprechen das neue Ministerium und die Kontrollorgane auf den unteren Ebenen des Staatsapparats den Disziplinkontrollkommissionen innerhalb des Parteiapparats der KPCh. Aufgrund des Aufgabenstellung des neuen

Ministeriums bietet es sich an, den Namen nicht wörtlich sondern sinngemäß mit "Ministerium für Verwaltungskontrolle" zu übersetzen.

- Auflösung der beiden Ministerien für Maschinenbauindustrie und für Rüstungsindustrie und statt dessen Schaffung der Zentralen Kommission für Maschinenbauindustrie (RMRB, 3.12.86). Die Zusammenlegung der beiden Ministerien soll vor allem einer besseren landesweiten Koordinierung der Produktion und Forschung auf dem Rüstungs- und zivilen Sektor und einer besseren Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Unternehmen und Institutionen des militärischen und zivilen Bereichs dienen (siehe RMRB, 28.11.86).

- Ernennung des bisherigen Rüstungsministers Zou Jiahua zum Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Maschinenbauindustrie.

- Genehmigung der Konsularverträge mit Italien, mit der Mongolischen Volksrepublik und mit der Sowjetunion (RMRB, 3.12.86; s.a. RMRB, 28.11.86).

- Beitritt zur Konvention über die Anerkennung und Durchsetzung ausländischer Schlichtungen aus dem Jahre 1958.

Darüber hinaus verabschiedete das ständige Parlamentsgremium Berichte von drei NVK-Fachkommissionen und faßte weitere personelle Beschlüsse. Außerdem beschäftigte sich der Ständige NVK-Ausschuß mit dem Entwurf eines Gesetzes über staatseigene Betriebe und mit dem Entwurf eines Zollgesetzes, die jedoch von den betreffenden NVK-Kommissionen noch weiter verbessert werden sollen (RMRB, 3.12.86). Schließlich diskutierten die Mitglieder des Ständigen Ausschusses vom 22. bis 25. November den ZK-Beschluß über die "sozialistische geistige Zivilisation" vom September 1986 (RMRB, 26.11.86). Zu diesem Thema hielt der NVK-Vorsitzende Peng Zhen am 25. November eine Rede, aus der seine orthodoxe Haltung sehr deutlich wird (siehe die Übersicht "Peng Zhen über Kommunismus und Demokratie"). -sch-

* (10)

Deng Xiaoping fordert sowohl Mut und Entschlossenheit als auch Vorsicht und Geduld bei der Reform des politischen Systems

Deng Xiaoping wies im Dezember 1986 gleich in drei Gesprächen mit

ausländischen Besuchern auf die große Bedeutung der anvisierten Reform des politischen Systems hin und forderte hierfür sowohl Mut und Entschlossenheit als auch Vorsicht und Geduld. Dem mexikanischen Staatspräsidenten Miguel de la Madrid erklärte Deng am 6. Dezember, daß Zigmillionen von Menschen von den politischen Reformen betroffen sein würden. "Bei der Reform des politischen Systems muß man erstens großen Mut aufbringen und entschlossen sein und zweitens mit Vorsicht zu Werke gehen", sagte Deng. Dabei betonte er den kontinuierlichen, langfristigen Charakter der Reformpolitik insgesamt: "Unsere Generation muß Reformpolitik machen, die jüngeren Genossen müssen Reformpolitik machen, und auch unsere heutigen Kleinkinder werden in Zukunft Reformpolitik machen müssen, um die Vier Modernisierungen zu ergänzen." (RMRB, 7.12.86)

In einem Gespräch mit einer Delegation des japanischen Verbands zur Förderung des internationalen Handels erklärte Deng Xiaoping am 12. Dezember 1986, daß die Verlagerung von Machtbefugnissen nach unten und die Erhöhung der Leistungsbereitschaft der Betriebe einen bedeutenden Aspekt der Reform des Wirtschaftssystems darstellten. Die bisherigen Erfolge auf diesem Gebiet seien jedoch nicht ausreichend. Die Verlagerung von Machtbefugnissen nach unten und die Steigerung der Leistungsbereitschaft der unteren Ebenen sei nämlich nicht nur eine Frage der Reform des Wirtschaftssystems sondern auch eine Frage der Reform des politischen Systems.

Deng Xiaoping sagte, daß die Systemreformen nicht leicht zu verwirklichen seien - die alten Praktiken seien zu stark verwurzelt und die Macht der alten Gewohnheiten sei "enorm groß". Offen gegen die Reformen würden sich nur wenig Menschen aussprechen, doch wenn dann in der Praxis die Interessen einiger Leute berührt würden, dann komme es auch vor, daß ursprüngliche Befürworter der Reformen zu Reformhindernissen würden. Deshalb müsse man mit Umsicht vorgehen und nicht zu ungeduldig sein. Wenn man bei den Reformen zu schnell vorgehe, so warnte Deng, werde man Schaden erleiden.

Deng betonte, daß "wir unbeirrt (mit der Reformpolitik) fortfahren müssen - nicht nur unsere Genera-

tion, sondern auch die kommende Generation muß Reform(politik) betreiben". Deng Xiaoping brachte darüber hinaus seine Hoffnung zum Ausdruck, noch zu seinen Lebzeiten den "Durchbruch" (touxu) der Reformen zu erleben, und demonstrierte Optimismus: "Was die Reformen in China betrifft, so bin ich persönlich voller Zuversicht." (RMRB, 13.12.86)

Zwei Tage später erklärte Deng dem Staatspräsidenten von Benin, daß die Reformen in China "eine äußerst komplizierte Angelegenheit" darstellten. Deshalb müsse man sowohl viel Mut und Entschlossenheit aufbringen, als auch mit Sorgfalt und Bedacht vorgehen. "Ich bin fest davon überzeugt, daß unsere Reformen gelingen können, und ich bin fest davon überzeugt, daß das sozialistische System dem kapitalistischen System überlegen ist." (RMRB, 15.12.86) -sch-

* (11)

ZK-Organ mahnt zu Umsicht und Geduld in der Frage der Reform des politischen Systems

Das ZK-Organ VOLKSZEITUNG veröffentlichte am 8. Dezember 1986 einen Kommentar unter der Überschrift "Die Reform des politischen Systems bedarf umfassender Untersuchungen und Beratungen", in dem zu Umsicht und Geduld in der Frage der politischen Reformen aufgerufen wurde. Die Reform des politischen Systems sei "eine äußerst komplizierte Aufgabe" und sogar "noch schwieriger" als die Wirtschaftsreform. Auch für die politische Reform gebe es keine Vorbilder - weder in den anderen sozialistischen Staaten noch in der kapitalistischen Staatenwelt. Der einzig gangbare Weg sei, von der eigenen Realität auszugehen und durch umfassende Untersuchungen und Beratungen die Ziele, Methoden und Maßnahmen der Reform des politischen Systems festzulegen. Nach Angaben der VOLKSZEITUNG hofft die Parteizentrale, nach Ablauf eines Jahres intensiver Forschungen und Erörterungen einen realisierbaren Plan vorlegen zu können.

Das ZK-Organ wies darauf hin, daß die Reform des politischen Systems ein großes Projekt darstelle, das nicht in ein oder zwei Jahren und auch nicht in drei oder fünf Jahren abgeschlossen werden könne. Zweifelsohne sei die politische Reform dringlich und sie erfordere großen Mut und feste Ent-

schlossenheit, aber man dürfe auch nichts überstürzen. Die politische Reform, so die VOLKSZEITUNG, "muß von oben nach unten, unter Anleitung und Schritt für Schritt realisiert werden - es darf dabei nicht jeder seine eigenen Wege gehen".

Ein Ziel der politischen Reform sei die weitere Entwicklung der "sozialistischen Demokratie". Hierfür müsse man natürlich verschiedene Ansichten aufgreifen, in großem Umfang die Meinungen der Volksmassen einholen und allen Leuten erlauben, Untersuchungen durchzuführen und zu diskutieren - allerdings müsse man dabei die Bewahrung von Stabilität und Einheit im Auge behalten. Auch für die Untersuchungen und Diskussionen zum Thema politische Reformen gelte, daß man keinen üblen Wind entfachen und keinen Radau machen dürfe.

Mit diesem Leitartikel rief das ZK-Organ bereits vor den großen Studentendemonstrationen für Demokratie und Freiheit zur Mäßigung bei der politischen Reformdiskussion auf. -sch-

* (12)

Peng Zhen über Kommunismus und Demokratie

Auf der 18. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. Nationalen Volkskongresses beschäftigten sich die Mitglieder des Ständigen Ausschusses vom 22. bis 25. November mit dem Beschluß des Zentralkomitees der KPCh über die "sozialistische geistige Zivilisation" vom September 1986. Anlässlich dieser "Diskussion" hielt der NVK-Vorsitzende Peng Zhen am 25. November eine Rede, in der er auf den Kommunismus als das höchste Ideal der KPCh, auf die "sozialistische Demokratie" und auf das sozialistische Rechtssystem einging (Text der Rede in: RMRB, 27.11.86). Vor allem aus seinen Äußerungen zu Kommunismus und Demokratie wird Peng Zhens orthodoxe Haltung sehr deutlich.

Peng Zhen wandte sich zunächst entschieden gegen die Auffassung, daß das auch noch einmal im ZK-Beschluß wiederholte Postulat, höchstes Ideal der Partei sei die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft, Phrasendrescherei darstelle:

"Der Kommunismus stellt sowohl ein neuartiges Gesellschaftssystem

dar als auch eine wissenschaftliche Weltanschauung. Die menschliche Gesellschaft entwickelt sich in Richtung Sozialismus und Kommunismus - das ist die objektive Gesetzmäßigkeit der historischen Entwicklung. Wenn wir vom dialektischen Materialismus und vom historischen Materialismus sprechen, dann heißt das kurzgefaßt: die objektiven Gesetzmäßigkeiten erkennen, nach den objektiven Gesetzmäßigkeiten handeln und bewußt den Weg einschlagen, den die Geschichte gehen muß. Korrekt ist, was den objektiven Gesetzmäßigkeiten entspricht, und falsch ist, was den objektiven Gesetzmäßigkeiten nicht entspricht - das war früher so, das ist heute so, und das wird auch künftig so sein. Nach den objektiven Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung zu handeln und für die Verwirklichung des höchsten Ideals zu kämpfen - was hat denn das mit Phrasendrescherei zu tun! Das ist weder Prahlerei noch leeres Geschwätz!"

Der mehrfache Hinweis von Peng Zhen auf die "objektiven Gesetzmäßigkeiten" könnte eine Kritik an der von Deng Xiaoping oft gebrauchten ideologischen Zauberformel "Die Wahrheit in den Tatsachen suchen!" darstellen. Die Argumentation Pengs erinnert an die Replik Hua Guofengs auf die Dingsche Zauberformel, daß auch die letztendliche Verwirklichung des Kommunismus die Wahrheit darstelle. Auffällig ist auch, daß Peng Zhen im weiteren Verlauf seiner Rede bei einer Aufzählung von notwendigen Stadien auf dem Weg zur kommunistischen Gesellschaft ausgerechnet die Reform des Wirtschaftssystems und die Reform des politischen Systems ausließ. Als mehr oder weniger offene Drohung an die Adresse der Reformkräfte kann das Fazit von Peng Zhen zum Thema Kommunismus verstanden werden: "Das kommunistische Ideal war, ist und bleibt in Zukunft die Quelle der Kraft und der geistige Stützpfiler für uns Kommunisten und fortschrittliche Elemente. Wenn man dieses höchste Ideal aufgibt, dann wird man auch diese Quelle der Kraft und diesen geistigen Stützpfiler verlieren und dann besteht die Gefahr, daß es zu allen möglichen Abweichungen vom korrekten Weg kommt. Ist das etwa kein ganz reales Problem?"

An intellektuellem Niveau kaum zu unterbieten sind die Äußerungen von Peng Zhen über die Überle-

genheit der "sozialistischen Demokratie". Trotzdem werden sie im folgenden ausführlich wiedergegeben, weil sie charakteristisch sind für die Position und Argumentation der orthodoxen Marxisten-Leninisten innerhalb der KPCh:

"Wenn man die sozialistische Demokratie mit der bürgerlichen Demokratie vergleicht - welche ist besser? Es gibt Leute, die sehnen sich nach der bürgerlichen Demokratie. Für die ist anscheinend der Mond der kapitalistischen Gesellschaft strahlender als unsere Sonne. Es steht jedem frei, so zu denken, doch erst wer vergleicht, kann differenzieren. Laßt uns doch mal vergleichen.

Zunächst einmal ist unsere Demokratie die umfassendste Demokratie, die die meisten Menschen umfaßt. Nach der Gründung der Volksrepublik gab es eine Zeit, da haben wir davon gesprochen, daß wir über 90% der Bevölkerung hinter uns vereinigen. Dafür gibt es Beweise: Damals machten die Großgrundbesitzer und reichen Bauern 8% der Haushalte und 10% der Bevölkerung aus... 1963 hat unsere Partei dann über 95% der Bevölkerung hinter sich vereinigt... Und jetzt hat es noch einmal eine große Veränderung gegeben, denn nach den Statistiken über die Direktwahlen auf Kreisebene von 1981 besaßen 99,97% aller Bürger über 18 Jahren das aktive und passive Wahlrecht. Das erklärt doch voll und ganz den umfassenden Charakter der sozialistischen Demokratie in unserem Land. In der neuen Verfassung ist festgelegt, daß die Bürger unseres Landes umfassende und authentische Freiheiten und Rechte genießen, wobei es nur eine einzige Einschränkung gibt, nämlich die, daß 'die Bürger bei der Ausübung ihrer Freiheiten und Rechte den Interessen des Staates, der Gesellschaft und des Kollektivs nicht schaden und die legitimen Freiheiten und Rechte anderer Bürger nicht beeinträchtigen dürfen'. Der umfassende Charakter dieser unserer Demokratie ist unvergleichlich mit dem der bürgerlichen Demokratie.

Zweitens ist unsere Demokratie die Demokratie aller Nationalitäten des ganzen Landes, sie ist die Demokratie der Werktätigen. Die Werktätigen umfassen Hand- und Kopfarbeiter, und sie setzen sich im wesentlichen aus den drei grundlegenden gesellschaftlichen Kräften der Arbeiter, Bauern und Intellek-

tuellen zusammen. Die Demokratie in den kapitalistischen Staaten ist hingegen die Demokratie der Bourgeoisie. Sie ist die Demokratie, die das kapitalistische System bewahrt, und sie wird immer mehr zu einer Demokratie, die vom Monopolkapital kontrolliert wird.

Drittens unterscheidet sich unser System der Demokratie von dem System der bürgerlichen Demokratie. Unser Staat ist ein Staat der demokratischen Diktatur des Volkes, der von der Arbeiterklasse geführt wird und der auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht. Unser politisches System ist der demokratische Zentralismus, der folgende grundlegende Inhalte aufweist:

- Erstens werden die Führungsorgane demokratisch gewählt. Das ist die Grundlage des demokratischen Zentralismus. Als höchstes Organ der Staatsmacht wird der Nationale Volkskongreß demokratisch gewählt. Der NVK wählt wiederum seinen Ständigen Ausschuß, den Staatspräsidenten, den Staatsrat, die Zentrale Militärkommission, den Obersten Volksgerichtshof und die Oberste Volksanwaltschaft.
- Zweitens: Nach welchem Prinzip verfahren die gewählten Organe der Staatsmacht, wenn sie Probleme diskutieren? Vor der Wahrheit sind alle Menschen gleich, und wer die Wahrheit vertritt, auf den wird gehört. Wenn man diesen Punkt nicht anerkennt, dann gibt es keine gemeinsame geistige Basis für Entscheidungsfindung. Wenn man nun aber hin und her diskutiert hat, und man ist sich immer noch nicht einig - was macht man dann? Dann muß die Minderheit der Mehrheit folgen. Andernfalls ließen sich die Probleme nie lösen, und man würde nichts zustande bringen.
- Hinzu kommt, daß bei uns der Einzelne auf die Organisation hört, daß die unteren Ebenen den oberen Ebenen gehorchen und daß das ganze Land sich dem Zentralkomitee unterordnet - das ist alles so gesetzlich festgelegt, und man folgt damit eben den Gesetzen.

Genau das ist der grundlegende Inhalt unseres demokratischen Zentralismus. Meiner Meinung nach ist dieses unseres demokratische System besser als das demokratische System der Bourgeoisie."

In seinen Ausführungen über das sozialistische Rechtssystem forderte

Peng Zhen dessen weitere Stärkung und die striktere Befolgung der Gesetze durch alle Bürger. Die von Peng Zhen vorgetragene Position läßt sich kurz wie folgt zusammenfassen: Beibehaltung des Ideals und Ziels der Verwirklichung des Kommunismus, mehr Gesetze und Ausbau des juristischen Apparats zur Stärkung des bestehenden politischen Systems der Einparteiensherrschaft der KPCh sowie Beibehaltung des Systems der "sozialistische Demokratie", d.h. der Diktatur der Kommunistischen Partei (partei-offizielle Beschönigungsformel dafür: "demokratische Diktatur des Volkes"). Damit nahm ein führender Vertreter der orthodoxen Kräfte in der Frage der Reform des politischen Systems deutlich öffentlich Stellung. -sch-

*(13)

Abänderung des Wahlgesetzes: Eher weniger als mehr Demokratie

Der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses beschloß am 2. Dezember 1986 eine umfangreiche Abänderung und Ergänzung des Gesetzes über die Wahlen zum Nationalen Volkskongreß und zu den Volkskongressen auf den verschiedenen lokalen Ebenen (Abänderungsbeschluß und Wortlaut des abgeänderten Gesetzes in: RMRB, 5.12.1986). Es handelt sich um die zweite Abänderung des Wahlgesetzes, das ursprünglich am 1. Juli 1979 verabschiedet und am 10. Dezember 1982 zum ersten Mal abgeändert worden war. 16 der insgesamt 44 Paragraphen wurden abgeändert und/oder ergänzt. Besonders wichtig erscheinen die folgenden:

- Die Zahl der NVK-Abgeordneten wurde von maximal 3.500 auf maximal 3.000 gesenkt (Paragraph 13, Absatz 2).

- Die Wahlkomitees der Gemeinden, Nationalitätengemeinden und Kleinstädte unterstehen nun nicht mehr den Regierungen der gleichen Verwaltungsebene, sondern den Wahlkomitees der direkt übergeordneten Verwaltungseinheiten auf Kreisebene (Paragraph 7, Absatz 2). Diese wiederum unterstehen wie bisher den Ständigen Ausschüssen der Volkskongresse. Daß nun auch die Wahlkomitees der untersten Ebene nicht mehr den Regierungen, sondern den ständigen Parlamentsorganen unterstehen, ist zweifelsohne ein zumindest formaler Fortschritt. Da jedoch auch auf den unteren Ebenen die Volkskongresse und ihre Ständigen Ausschüsse fest

in der Hand der KPCh sind, hat die durch die Abänderung des Wahlgesetzes erreichte Unabhängigkeit der Wahlkomitees von den Regierungsorganen wahrscheinlich keine große praktische Bedeutung. Auffällig ist, daß auch in der abgeänderten Fassung des Wahlgesetzes nicht eindeutig festgelegt ist, wie die Wahlkomitees "errichtet" (sheli; Paragraph 7, Absatz 2) werden. Da sie den Ständigen Volkskongreßausschüssen unterstehen, ist zu vermuten, daß sie entweder von diesen eingesetzt oder aber von den Volkskongressen auf Vorschlag ihrer Ständigen Ausschüsse gewählt werden.

- Einzelkandidaten zu den Volkskongreßwahlen müssen nun von mindestens 10 anstatt bisher lediglich drei Wahlberechtigten oder Delegierten vorgeschlagen werden (Paragraph 26, Absatz 2).

- Bei den Direktwahlen zu den Volkskongressen (bis zur Kreisebene) muß die Zahl der Kandidaten die Zahl der zu wählenden Abgeordneten mindestens um 33% anstatt bisher 50% übersteigen (Paragraph 27, Absatz 2).

- In Paragraph 28 wurde die Möglichkeit der Vorwahl zur Festlegung der offiziellen Kandidatenliste ersatzlos gestrichen. Dies bedeutet, daß bei den Direktwahlen bis zur Kreisebene letztlich die Wahlkomitees die endgültige Kandidatenliste festlegen. Dabei sollen sie zwar "entsprechend der Meinung der Mehrheit der Wahlberechtigten" handeln, doch wie diese Mehrheitsmeinung festgestellt werden soll, wird im abgeänderten Wahlgesetz nicht geregelt. So bietet die neue Fassung des Paragraph 28 des Wahlgesetzes eine noch bessere legale Absicherung, um der KPCh unliebsame Einzelkandidaten von der vorläufigen Kandidatenliste wieder zu streichen.

- Bei den Direktwahlen zu den Volkskongressen reichen nun 50% der abgegebenen Stimmen, um als Abgeordneter gewählt worden zu sein - bisher benötigte ein Kandidat dazu die Stimmen von mindestens 50% aller Wahlberechtigten. Da Direktwahlen nun bereits gültig sind, wenn mindestens 50% aller Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben haben, reichen theoretisch schon die Stimmen von 25% aller Wahlberechtigten, um als Abgeordneter gewählt zu sein. (Paragraph 38, Absätze 1 und 2) -sch-

***(14) Wiedereinführung eines Verwaltungskontrollsystems**

Mit dem Beschluß des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, ein Ministerium für Verwaltungskontrolle (jiancha bu; wörtlich: "Kontrollministerium") zu schaffen, ist der Grundstein für die Wiedereinführung des Verwaltungskontrollsystems der 50er Jahre gelegt worden. In den frühen 50er Jahren hatte es zunächst eine "Kontrollkommission des Volkes" gegeben, die im September 1954 in das "Kontrollministerium" umgewandelt wurde. Das Ministerium und die entsprechenden lokalen Kontrollorgane überwachten Regierungsorgane, staatseigene Betriebe, staatlich-private Gemeinschaftsunternehmen und Genossenschaften sowie deren Personal hinsichtlich der Einhaltung der staatlichen Politik, Gesetze und Verordnungen sowie der administrativen Disziplinarregeln. Im Zuge der von Mao Zedong verfolgten Konzentration der Macht in den Händen der Partei wurde das Kontrollministerium zusammen mit dem Justizministerium im April 1959 aufgelöst.

Im Gegensatz zu den 50er Jahren wird sich die Zuständigkeit der neuen Verwaltungskontrollorgane jedoch strikt auf die staatlichen Verwaltungsorgane und -kader sowie auf jene Führungskader der staatseigenen Betriebe und der staatlichen Institutionen beschränken, die von staatlichen Verwaltungsorganen ernannt wurden. Die Verwaltungskontrollorgane haben nicht nur ein Untersuchungs- und Vorschlagsrecht, sondern können auch Disziplinarstrafen bis hin zu einem schweren Verweis erteilen. Die lokalen Verwaltungskontrollorgane, die wahrscheinlich bis zur Kreisebene hinab etabliert werden sollen, sollen sowohl der Regierung der betreffenden Verwaltungsebene als auch dem Verwaltungskontrollorgan der übergeordneten Ebene unterstehen. (RMRB, 28.11.86; Xinhua, 27.11.86, nach SWB, 8.12.86)

Die künftigen Verwaltungskontrollorgane stellen das staatliche Pendant zu den Disziplinarkontrollkommissionen der Kommunistischen Partei dar: Während die KPCh-Disziplinarkontrollkommissionen für parteidisziplinarische Vergehen der Parteimitglieder und Parteifunktionäre oder gar ganzer Parteiorgane zuständig sind, sollen die Verwaltungskontrollorgane Vergehen der Staatsverwaltungskader gegen staat-

liche Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen sowie gegen administrative Disziplinarregeln ahnden. Wahrscheinlich steht der Beschluß auf Wiedereinführung des Ministeriums für Verwaltungskontrolle im Zusammenhang mit der politischen Reformdiskussion. Möglicherweise soll von seiten der Reformkräfte mit der Schaffung eines staatlichen Kontrollorgans verhindert werden, daß sich die Zentrale Disziplinarkontrollkommission unter Chen Yun weiterhin auch mit angeblichen "falschen Tendenzen" von Staatsverwaltungskadern im Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformen befaßt. Bis ein funktionsfähiges Verwaltungskontrollsystem geschaffen sein wird, dürfte freilich noch eine geraume Zeit ins Land gehen, denn bisher ist noch nicht einmal ein Minister für Verwaltungskontrolle ernannt worden, dessen Aufgabe es zunächst sein wird, sein Ministerium aufzubauen. -sch-

***(15)**

Erweiterte Sitzung der ZK-Militärkommission

Die ZK-Militärkommission trat vom 11. bis 26. Dezember 1986 zu einer erweiterten Sitzung zusammen, die die größte seit Dezember 1978 gewesen sein soll. Am Ende der Sitzung wurde bekanntgegeben, daß die Zahl der VBA-Mitglieder seit Juni 1985 um 410.000 reduziert worden ist (RMRB, 26.12.86) - insgesamt soll die VBA um 1 Million Armeegehörige reduziert werden (siehe u.a. C.a., Juni 1985, S. 376-379). Einer der Haupttagungspunkte war die Diskussion über den "Beschluß der ZK-Militärkommission über die politische Arbeit der Armee in der neuen Periode". Darüber hinaus faßte die ZK-Militärkommission konkrete Beschlüsse hinsichtlich der militärischen, politischen und logistischen Arbeit (RMRB, 22./26.-28.12.86). Möglicherweise beschäftigten sich die Mitglieder der ZK-Militärkommission auch mit den gleichzeitig ablaufenden Studentendemonstrationen. -sch-

***(16)**

192 weitere Städte und Kreise für Ausländer geöffnet

Die chinesische Regierung hat weitere 192 Städte und Kreise für Ausländer geöffnet. Eine Liste dieser neu hinzugekommenen 192 offenen Orte und Gebiete veröffentlichte die VOLKSZEITUNG am 1. Dezember 1986. Zu den neu ge-

öffneten Gebieten gehören auch vier Kreise in Tibet und fünf Städte in Xinjiang. Damit erhöht sich die Zahl der für Ausländer ohne Zusatzgenehmigung zugänglichen Städte und Kreise auf 436. Diese 436 Orte und Gebiete können von Ausländern jederzeit mit einem gültigen Visum (oder einer Aufenthaltserlaubnis) für die VR China bereist werden. Bisher waren 244 Städte und Kreise für Ausländer geöffnet gewesen (siehe die Liste in C.a., Juli 1986, S. 405). -sch-

KULTUR

*

*

***(17)**

Stiftung für Minderheitenliteratur gegründet

Mit dem Ziel, die literarische Produktion der nationalen Minderheiten zu fördern, wurde am 18.12.1986 in Beijing eine nationale Stiftung für Minderheitenliteratur gegründet. Die Stiftung wurde gemeinsam von dem mongolischen Schriftsteller und Präsidenten des Schriftstellerverbandes der nationalen Minderheiten Mala Qinfu und dem aus Ningxia stammenden, der Hui-Nationalität angehörenden Unternehmer Wang Qi gegründet. Die Grundlage für die Stiftung bildet eine großzügige Spende Wang Qis von 500.000 Yuan. Weitere Geldsummen wurden von einem koreanischen Professor, der am Fremdspracheninstitut in Guangzhou tätig ist, und zwei bäuerlichen Unternehmern, einem Angehörigen der Zhuang aus Guangxi und einem Hanchinesen aus Guangdong, gespendet. Die vier Spender wurden mit Ehrenurkunden der Staatlichen Kommission für Nationalitätenangelegenheiten ausgezeichnet. Präsident der Stiftung wurde der mongolische Schriftsteller Mala Qinfu, Vizepräsident Wang Qi. Vier Persönlichkeiten politischer Gremien wurden zu Ehrenpräsidenten ernannt: der stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK Seypidin Aze und die stellvertretenden Vorsitzenden des nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes Yang Jingren, Burhan Shahidi und Fei Xiaotong. Zu den 15 Beratern der Stiftung zählen u.a. die Parteivorsitzenden der fünf autonomen Gebiete und einige bekannte Schriftsteller (XNA, RMRB, 19.12.86).